



Mit effektiver Schwarzarbeitsbekämpfung den Bundeshaushalt sanieren

Erwartungen des Zweckverbunds Ostdeutscher Bauverbände (ZVOB) an die Klausurtagung des Bundeskabinetts am 6. und 7. Juni 2010

Die Staatsverschuldung Deutschlands ist im „Jahr 2“ der Weltwirtschaftskrise auf einen traurigen Rekord angestiegen: Bis Ende des Jahres 2010 rechnet der Bund der Steuerzahler mit einem Schuldenstand von rund 1.800 Milliarden Euro. Damit wird der Gesamtschuldenstand des Bundes, der Länder und Kommunen voraussichtlich auf rund 76,7% des BIP ansteigen.

In seiner Klausurtagung am 6. und 7. Juni 2010 wird sich das Bundeskabinett mit möglichem Sparpotenzial des Bundeshaushalts befassen und sich auf nötige Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung einigen. Dabei stehen neben notwendigen Entscheidungen hinsichtlich einer Verringerung der Ausgaben auch Möglichkeiten zur Erhöhung der Staatseinnahmen im Mittelpunkt der Tagung. Neben Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen gibt es aber noch eine dritte Möglichkeit: die Bekämpfung der gewerblichen Schwarzarbeit in Deutschland.

Das Schwarzarbeitsvolumen beträgt derzeit rund 359 Milliarden Euro. Bei einer Staatsquote von rund 50% könnten durch eine effektive Bekämpfung knapp 180 Milliarden Euro an Einnahmen erzielt werden. Gelänge es, die Schwarzarbeit auch nur um 10% zurückzudrängen, hieße das Mehreinnahmen für die Staatskassen von knapp 18 Milliarden Euro.

Der Zweckverbund Ostdeutscher Bauverbände e.V. (ZVOB), der als größter ostdeutscher Bauverband seit 2004 erfolgreich die Interessen der mittelständischen ostdeutschen Bauwirtschaft vertritt, fordert die Bundespolitik angesichts der anstehenden Debatte auf, für eine effizientere Bekämpfung der gewerblichen Schwarzarbeit in Deutschland einzutreten. Durch einen intelligenten Maßnahmen- und Mitteleinsatz könnte das Volumen der Schattenwirtschaft von derzeit rund 359 Milliarden Euro reduziert und jährliche Steuer- und Sozialversicherungsschäden vermieden werden. Dadurch generierte Mehr-Einnahmen könnten helfen, den Bundeshaushalt wirksam und nachhaltig zu sanieren.

1. Schwarzarbeit in Deutschland – seit 2009 steigt Volumen wieder an

Schwarzarbeitsvolumen: Rund 359,2 Milliarden Euro

Das Volumen der Schwarzarbeit in Deutschland steigt seit 2009 wieder an und liegt nach Expertenschätzungen derzeit bei rund 359,2 Milliarden Euro. Das entspricht einem Anteil an 14,65 Prozent des BIP und bedeutet einen Anstieg um 2,1 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr.

38% der Schwarzarbeit entfällt auf Baugewerbe und Handwerk

Trauriger Spitzenreiter der Schwarzarbeit ist die Bauwirtschaft: Rund 38 Prozent der Schattenwirtschaft in Deutschland gehen auf das Konto von Baugewerbe und Handwerksbetrieb. Das entspricht einer jährlich erwirtschafteten Summe von 136,5 Milliarden Euro.

8,67 Millionen Vollzeitschwarzarbeiter in 2010

Berechnet man anhand der vorliegenden Daten die fiktive Anzahl von Vollzeitschwarzarbeitern, kommt man allein für das laufende Jahr auf 8,67 Millionen Personen. Hinzu kommen rund eine Millionen illegal Beschäftigter aus dem Ausland.

Gründe: Wirtschaftskrise, hohe Regulierungsdichte, geringes Aufdeckungsrisiko

Für den erneuten Anstieg der Schwarzarbeit in Deutschland machen Experten vor allem die weltweite Wirtschaftskrise und den damit zusammenhängenden Verlust sozialversicherungspflichtiger Arbeitsstellen und Einkommensverluste verantwortlich. Weitere Gründe werden in der hohen Regulierungsdichte am Arbeitsmarkt in Deutschland sowie in einem generell geringen Aufdeckungsrisiko gesehen.

2. Marktwirtschaftliche Folgen der gewerblichen Schwarzarbeit

Verzerrung des Wettbewerbs, Vernichtung von Unternehmen

Schwarzarbeit verdrängt und substituiert legal arbeitende Unternehmen und Arbeitnehmer und sorgt für einen immensen Preisdruck und die Verzerrung des Wettbewerbs. Durch Billigst-Angebote werden seriös kalkulierende Unternehmer aus Vergabeprozessen und an den Rand des Ruins gedrängt, massives Unterlaufen der geltenden Mindestlöhne sorgt zudem für eine Ausbeutung von Arbeitskräften.

Pfusch am Bau

Pfusch am Bau ist eine der gravierendsten Folgen von Schwarzarbeit. Ein Beispiel ist der Skandal um die Bundesbauten wie das Bundesbauministerium, das nach nur zehn Jahren nach seiner Fertigstellung, die rund 45 Millionen Euro an Kosten verschlungen hat, für rund 36 Millionen Euro nachgebessert werden muss. Einsparungen auf Kosten von Qualität in der Bauausführung führen – wie beim U-Bahn-Bau in Köln und Düsseldorf – zu Nachbesserungen in Millionenhöhe, die aus Steuermitteln bezahlt werden müssen.

Abbau von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen

Schwarzarbeit und das damit zusammenhängende massive Unterlaufen von Mindestlöhnen zerstört den bauwirtschaftlichen Arbeitsmarkt. Die Anzahl gewerblicher Arbeitnehmer hat sich seit Ende der neunziger Jahre bis zum Jahr 2010 halbiert. Allein in Berlin ist die Anzahl der gewerblichen Arbeitnehmer am Bau in den letzten Jahren um über 50 Prozent zurückgegangen und lag im April noch bei 11.718 Arbeitern. Die Tatsache, dass das Bauvolumen in wesentlich geringerem Maße rückläufig ist als die Beschäftigtenanzahl, ist ein klares Indiz für Schwarzarbeit.

3. Maßnahmen zur effektiven Schwarzarbeitsbekämpfung und zur Generierung höherer Einnahmen für den Bundeshaushalt

Aufstockung der Zollfahnder der Finanzkontrolle Schwarzarbeit und ihrer Kontrollen: Mehr-Einnahmen von 18 Milliarden Euro möglich

Der Zoll beschäftigt derzeit rund 6.500 Zollfahnder in der zur Bekämpfung von Schwarzarbeit eingesetzten Einheit „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“. Einem Bericht des Bundesrechnungshofs von 2008 zufolge haben die rund 6.500 Zollfahnder im Jahr 2006 eine Schadenssumme an Steuer- und Sozialsystemen von 609 Millionen Euro ermittelt. Die Personalkosten für die rund 6.500 Fahnder wurden mit 272 Millionen Euro beziffert. Der Rechnungshof hat zudem festgestellt, dass die Zollfahnder nicht ihre gesamten Kapazitäten zur Bekämpfung von Schwarzarbeit ausschöpfen, und eine Umverteilung der Personalkräfte von eher ländlichen Regionen in Ballungsgebiete wie Berlin, München oder Hamburg vorgeschlagen, um mit den vorhandenen Ressourcen bessere Ergebnisse zu erzielen.

Ein Euro, der in die Bekämpfung von Schwarzarbeit mittels Zollfahnder investiert wird, zieht also eine Rendite von rund 2,30 Euro nach sich. Würden die vorhandenen Zollfahnder wie vom Rechnungshof gefordert ihre Kapazitäten voll zum Einsatz bringen, ließe sich die Effizienz um das Doppelte steigern.

Ein effizienterer Arbeitseinsatz der 6.500 Zollfahnder könnte also das Fünffache des Aufwandes an Einnahmen durch die aufgedeckte und damit zurückzufordernde Schadenssumme erzielen.

Bei einer Aufstockung der Zollfahnder und einer damit zusammenhängenden massiven Erhöhung der Kontrolldichte ist mit einer weiteren Potenzierung der so erzielten Einnahmen zu rechnen. Die Zurückdrängung der Schwarzarbeit um mindestens 10% ist so realistisch. Allein dadurch könnten bereits Mehreinnahmen in Höhe von 18 Mrd. Euro erzielt werden.

Der ZVOB fordert daher die Aufstockung der Zollfahnder auf 10.000 Fahnder bundesweit sowie die massive Erhöhung der Zollfahnder an Brennpunkten wie Berlin, Hamburg oder München, um die durch den Bericht des Bundesrechnungshofs attestierte Unterbesetzung in diesen Großstädten zu kompensieren und Schwarzarbeit am Bau effektiver zu bekämpfen. Die Anzahl der Kontrollen muss ebenfalls erhöht werden. So können mit einem verhältnismäßig geringen Mittelaufwand Mehreinnahmen bis zu 180 Milliarden Euro erzielt werden.

Einführung effektiver Kontroll-Instrumentarien wie der Chipkarte am Bau: Durch Prävention und strengere Ahndung Sozialkassen-Betrug und Steuerausfälle vermeiden

Schwarzarbeit am Bau lässt sich nur dann effektiv eindämmen, wenn es sinnvolle Mechanismen zur Kontrolle vor Ort gibt. Nur die Angst, erwischt zu werden, verhindert nachhaltig den großflächigen Einsatz gewerblicher Schwarzarbeiter. Effektive Kontrollinstrumente, die direkt vor Ort eingesetzt werden können, tragen zur Transparenz und Abschreckung bei. Gleichzeitig müssen strengere Strafen und eine bessere Verfolgung von Delikten zur Abschreckung beitragen.

Ein geeignetes Mittel dazu ist die von der Bauwirtschaft seit Jahren geforderte Chipkarte am Bau. Sie funktioniert wie ein elektronischer Sozialversicherungsausweis: Auf der Karte, die auf der Baustelle mitzuführen ist, sind die wesentlichen Daten des Versicherungsnehmers gespeichert. Bei Kontrollen vor Ort sind diese Karten zu prüfen und Verstöße gegen die Meldepflicht direkt zu ahnden. Unternehmen, bei denen Schwarzarbeiter beschäftigt sind, müssen zentral registriert und von den künftigen Vergabeverfahren der öffentlichen Hand ausgeschlossen werden. Die Erhöhung der Straf- und Bußgelder ist ebenfalls erforderlich.

Der ZVOB fordert die Einführung der Chipkarte am Bau sowie die Erhöhung der Straf- und Bußgelder bei Schwarzarbeits-Delikten. So kann der Anreiz von Schwarzarbeit verringert werden, was sich positiv auf die Einnahmen der Sozialkassen und die Steuereinnahmen auswirkt.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass durch eine konsequente Schwarzarbeitsbekämpfung die Schattenwirtschaft in Deutschland, deren Volumen auf rund 359 Mrd. Euro geschätzt wird, massiv verringert werden kann. Dadurch können Mehreinnahmen in Höhe von bis zu 180 Milliarden Euro erzielt werden. Dies ist ein wirksamer Ansatz, den Bundeshaushalt nachhaltig zu konsolidieren und gleichzeitig einen großen Sumpf der Wirtschaftskriminalität, die gewerbliche Schwarzarbeit, trocken zu legen.

Quellenangaben:

Bundesrechnungshof, Bericht nach § 99 BHO über die Organisation und Arbeitsweise der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS), Bonn, 11. Januar 2008

Prof. Friedrich Schneider, Der Einfluss der Wirtschaftskrise auf die Schattenwirtschaft in Deutschland: Ein (erneuter) Anstieg, Linz, Österreich, Januar 2010